



ALEXANDER BAUER MdL



Liebe Leserin, lieber Leser,

ich freue mich über Ihr Interesse an aktuellen Informationen zu meiner Tätigkeit als Abgeordneter im Hessischen Landtag. Seit 2008 bin ich als direkt gewählter Wahlkreisabgeordneter in Wiesbaden als „Brücken-Bauer“ aktiv. Mit starker Stimme verrete ich seither die Anliegen unserer Bergsträßer Heimat und arbeite engagiert an einer guten Zukunft für Hessen. Dabei hilft mir meine langjährige kommunalpolitische Erfahrung, die Zuständigkeit als Innenpolitischer Sprecher und die Arbeit als stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion.

Begleiten Sie mich mit Lob und Tadel. Sie erreichen mich auf unterschiedlichen Kanälen.



Gerne können Sie auch ein Telefonat über mein Wahlkreisbüro in Heppenheim vereinbaren.

**Ihr
Alexander Bauer**

KINDERSCHUTZ INTENSIVIEREN

IN HESSEN BEKÄMPFT EINE SPEZIALEINHEIT SEXUELLEN MISSBRAUCH

Sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen zählt zu den schlimmsten und abstoßendsten Verbrechen, die man sich vorstellen kann. Es ist daher ein wichtiger Erfolg, dass auch auf maßgebliche Initiative Hessens das so genannte „Cybergrooming“ und damit schon allein der Versuch mit einem Kind im Internet aus sexuellem Interesse in Kontakt zu treten, unter Strafe gestellt wurde.

Wir haben auch dafür gesorgt, dass unsere Polizei ihre Anstrengungen im Kampf gegen den sexuellen Missbrauch von Minderjährigen und gegen Kinderpornographie intensivieren kann. 134 Ermittler bilden seit

Oktober 2020 die „Besondere Aufbauorganisation FOKUS“, die gemeinsam mit der Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) Maßnahmen gegen Kindesmissbrauch und Kinderpornografie bündelt und intensiviert. Trotz jüngster Ermittlungserfolge mit weltweiter Tragweite führt uns die Zahl der Delikte in diesem Bereich immer wieder vor Augen, dass insbesondere im digitalen Raum noch deutlich effizienter durchgegriffen werden muss. Jede Verbesserung bspw. bei der Vorratsdatenspeicherung hilft, der Täter habhaft zu werden. Unsere Kinder zu schützen, ist eine der zentralen Aufgaben einer starken Gesellschaft.



Sehr geehrte Damen und Herren,

nach mehr als einem Jahr Corona-Pandemie geben uns die positiven Entwicklungen der letzten Wochen die so lang ersehnte Hoffnung und Zuversicht im Kampf gegen das Virus: Die täglichen Infektionszahlen und Inzidenzen gehen weiter zurück, erste Landkreise können sich von der Bundesnotbremse lösen und mit stetig mehr Impfdosen und der Aufhebung der Priorisierung ab Juni erhalten immer größere Teile der Bevölkerung ihre Impfung und tragen damit zur Entlastung unseres Gesundheitssystems und zur Herstellung einer Herdenimmunität bei. Das ist ein großer und gemeinsamer Erfolg von uns allen, denn all die Maßnahmen und Einschränkungen konnten ihre Wirkung nur entfalten, weil wir auf die ungebrochene Solidarität und Rücksichtnahme in unserem Land zählen konnten. Darauf können wir alle gemeinsam stolz sein und dafür möchte ich Ihnen allen noch einmal ganz herzlich danken!

Mit unserem Öffnungskonzept stellen wir nun erste bedachte und vorsichtige Lockerungen in verschiedenen Bereichen in Aussicht, sobald es die Inzidenzzahlen erlauben. Dennoch müssen wir auch weiterhin vorsichtig bleiben und verantwortungsvoll mit der Situation umgehen. Die Ungeduld darf jetzt nicht zu unserer Schwäche werden, wenn wir nicht wollen, dass die Pandemie noch länger unser Leben bestimmt. Denn trotz der vielen positiven Entwicklungen bleibt die Gefahr des Virus weiter bestehen, und wir dürfen ihm nicht die Chance geben, sich noch einmal in größerem Maße zu verbreiten. Darauf setze ich und bin zuversichtlich, dass wir auch diese Herausforderung und die nächsten Schritte gemeinsam bewältigen werden.

Nun will ich gerne mit Ihnen gemeinsam auf die vergangene Plenarwoche zurückblicken: Mit unserem Setzpunkt zum Thema Kinderschutz haben wir ein Thema aufgegriffen, das uns alle angeht und dem wir uns als CDU-Fraktion seit jeher in besonderer Weise verpflichtet fühlen. Jedes Kind hat das uneingeschränkte Recht, unbeschwert und glücklich aufzuwachsen. Unsere Fraktionsvorsitzende Ines Claus machte deshalb in ihrem Beitrag noch einmal deutlich, dass es für uns alle fortwährende Verpflichtung und Aufgabe ist, Kinder und Jugendliche bestmöglich vor jeglicher Form von Gewalt zu schützen, denn sie sind unsere Zukunft und verdienen

nicht nur deshalb die Aufmerksamkeit und Fürsorge von Staat, Gesellschaft und Familie. In diesem Zusammenhang sollen auch die jüngsten Erfolge der hessischen Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität nicht unerwähnt bleiben, die mit der Zerschlagung der international operierenden Kinderpornografieplattform „Elysium“ sowie ganz aktuell der weltweit größten Plattform „Boystown“ herausragende Beiträge im Kampf gegen die Verbreitung von Kinderpornografie geleistet hat. In weiteren Beiträgen informieren wir Sie über die aktuellen Regelungen zu Corona, die gerade auch für Familien erste Erleichterungen mit sich bringen und bekräftigen gerade in diesen Tagen noch einmal unser Bekenntnis zum Staate Israel. Die Ereignisse im Nahen Osten machen fassungslos und lassen uns bestürzt zurück. Ähnlich geht es uns bei einzelnen Ereignissen in deutschen Großstädten. Umso deutlicher stehen wir auch in Hessen mit Wort und Tat gegen jede Form des Antisemitismus zusammen.

Eine interessante Lektüre und in diesen Zeiten weiterhin viel Gesundheit wünscht Ihnen

Ihr
Holger Bellino
Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag



FÜR DEN SCHUTZ UNSERER KINDER – DENN SIE SIND UNSERE ZUKUNFT

Ines Claus, Fraktionsvorsitzende

Das Wohl unserer Kinder ist für uns als Eltern tägliche Verpflichtung und größtes Glück zugleich. Denn Kinder sind unsere Zukunft, unser Mittelpunkt und es gibt im Leben nichts Schöneres, als sein Kind gesund und geborgen aufwachsen zu sehen. Neben der elterlichen Fürsorge und Zuwendung, die ein jedes Kind verdient, haben gerade sie ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung ihrer Persönlichkeit, auf eine gewaltfreie Erziehung und den Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Auch deshalb stehen sie unter dem besonderen Schutz von Staat und Gesellschaft. Für uns als CDU-Fraktion hat

dieses Thema seit jeher oberste Priorität und wir kämpfen seit vielen Jahren dafür, dass die schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft vor Übergriffen bestmöglich geschützt werden.

Leider erreichen uns aber auch immer wieder schreckliche Nachrichten, in denen Kinder und Jugendliche Opfer von Gewalt werden. Sexuelle Gewalt gegen Kinder und Kinderpornografie gehören dabei zu den widerlichsten und abstoßendsten Verbrechen überhaupt. So stieg 2019 die Zahl der Kinder, die als Opfer von sexueller Gewalt registriert wurden, um

9 Prozent. Das Internet ist dabei Segen und Fluch zugleich. Einerseits bietet es schier unendliche Möglichkeiten in der Kommunikation, andererseits ruft es seit jeher auch Kriminelle auf den Plan, die sich die Freizügigkeit des Internets zu eigen machen. Es ist daher ein wichtiger Erfolg, dass auf maßgebliche Initiative Hessens das sog. Cybergrooming und damit schon allein der Versuch mit einem Kind im Internet aus sexuellem Interesse in Kontakt zu treten unter Strafe gestellt wurde.

Zum 1. Januar 2008 hat die CDU-Fraktion außerdem dafür gesorgt, dass in Hessen als erstem Land in der Bundesrepublik die U-Untersuchungen für Kinder verpflichtend sind. Hierdurch wurde gewährleistet, dass Kinder in regelmäßigen Abständen Ärzten vorgestellt werden, auch um Vernachlässigung, Misshandlung und sexuellen Missbrauch aufzudecken. Dabei haben wir die Ärzte von ihrer Schweigepflicht befreit, damit sie Verdachtsfälle dem zuständigen Jugendamt melden können.

Weil es einen kompletten Schutz nicht geben kann, müssen die jungen Opfer

von Vernachlässigung, Misshandlung und sexuellem Missbrauch bestmöglich ärztlich versorgt und die Beweise detailliert und gerichtsfest gesichert werden – ohne dass es dabei zu einer weiteren Traumatisierung kommt. Außerdem brauchen die Opfer möglichst schnell und professionell Hilfe. Dazu gibt es ein landesweites

„Das Wohl unserer Kinder ist für uns als Eltern tägliche Verpflichtung und größtes Glück zugleich.“

Beratungsnetz, das bald durch eine Koordinierungsstelle noch zielgerichteter arbeiten kann. Zudem gibt es in Hessen acht Opferhilfevereine, die das Land unterstützt und bei denen eine qualifizierte Betreuung durch Ärzte, Jugendpsychologen und auch der Staatsanwaltschaft erfolgt, die alle das Kindeswohl im Blick haben.

Um am Ende auch den Verursachern dieser abscheulichen Taten habhaft zu werden, haben wir ihnen mit über 130 Ermittlern in einer Sondereinheit der hessischen Polizei den Kampf angesagt. Dazu kommt die Zentralstelle zur Bekämpfung

der Internetkriminalität (ZIT) bei der Generalstaatsanwaltschaft, die regelmäßig ganz maßgeblich an Ermittlungserfolgen mit weltweiter Tragweite beteiligt ist. Der Schlag gegen die Kinderpornoplattform „Boystown“ mit einer unfassbaren Größe von 400.000 Mitgliedern ist nur einer der jüngsten Erfolge, der das außerordentliche Können der ZIT unter Beweis stellt.

Trotzdem führen die Zahl der Delikte in diesem Bereich und die Art ihrer Begehung immer wieder vor Augen, dass im digitalen Raum noch deutlich effizienter durchgegriffen werden muss.

Hier müssen sich die anderen Parteien auf Bundesebene endlich auf den Weg machen, mit der CDU effizientere Strafverfolgungsinstrumente einzuführen. Jede Verbesserung bspw. bei der Vorratsdatenspeicherung hilft, der Täter habhaft zu werden.

Unsere Kinder zu schützen, ist eine der zentralen Aufgaben einer starken Gesellschaft. Deshalb bedarf sie auch weiterhin unserer vollen Aufmerksamkeit, und wir sehen es als unsere herausragende Pflicht, das wirkliche Schutzschild für unsere Kinder auch weiterhin zu stärken und auszubauen.

GESCHLOSSEN GEGEN ANTISEMITISMUS

Tobias Utter, MdL

Die schockierenden Bilder aus Israel, die abscheulichen Angriffe auf die Zivilbevölkerung und die zum Teil antisemitischen und menschenverachtenden Demonstrationen und Proteste, nicht nur hier in unserem Land lassen einen sprachlos und verzweifelt zurück. War doch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und Gespräche zwischen Israel und den arabischen Staaten ein historisches und hoffnungsvolles Zeichen dafür, dass scheinbar ewige Feindschaft einer konstruktiven,

pragmatischen Zusammenarbeit gewichen ist. Die erneuten gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Israel und Palästina trüben nun diese Hoffnung, einer Zweistaatenlösung näherzukommen.

Wir alle hoffen und appellieren an ein schnelles Ende der Gewalt und sind in Gedanken bei den Menschen vor Ort, die so viel Leid zu ertragen haben.

Wer dann in diesen Zeiten jüdische Gemeinden attackiert und bedroht, menschenverachtende Parolen skandiert und seinen Antisemitismus offen auf die Straßen trägt, der steht nicht auf dem Boden unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Denjenigen geht es auch nicht um

Kritik an einem Staat und einer Regierung, sondern um Aggression und Hass gegen eine Religion und diejenigen, die ihr angehören.

„Wir stehen für jüdisches Leben in Deutschland und ganz entschieden gegen jede Form von Antisemitismus.“

Wir sind Ministerpräsident Volker Bouffier und Landtags-

präsident Boris Rhein sehr dankbar, dass sie mit dem Hissen der Staatsflagge Israels vor Staatskanzlei und Landtag ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus und für das Existenzrecht Israels gesetzt haben. Für uns ist klar: Hessen ist ein offenes Land und wir stehen für jüdisches Leben in Deutschland und ganz entschieden gegen jede Form von Antisemitismus. Mit einem eigenen Beauftragten und vielen großen und kleinen Projekten und Maßnahmen macht die Landesregierung dies auch immer wieder in Wort und Tat deutlich.



SCHUTZ DER INFORMANTEN MUSS GEWÄHRLEISTET WERDEN

PETITION FORDERT FREIGABE DER NSU-AKTEN

Alleine in Hessen tagte der NSU-Untersuchungsausschuss (UNA) fast eine ganze Legislaturperiode, befragte über 100 Zeugen und bearbeitete über 2.000 Akten. Alle Mitglieder von LINKE, SPD, FDP, Grüne und CDU und die eingestufteten Mitarbeiter konnten alle Akten, auch die als geheim eingestufteten, ohne Schwärzungen einsehen und lesen. Alle, die sich ernsthaft mit dem UNA und der Sicherheitsarchitektur

unseres Landes auseinandergesetzt haben wissen, dass die als geheim eingestufteten Akten nicht freigegeben werden können. Wer auch in Zukunft Extremismus bekämpfen will, kann nicht zulassen, dass wir mit sensiblen und personenbezogenen Daten leichtfertig umgehen. Die Schwärzung einzelner Namen reicht nicht aus, um V-Leute zu schützen, ohne die viele Informationen nicht erhoben werden könnten.

HOCHSCHULE FÜR ÖFFENTLICHES MANAGEMENT UND SICHERHEIT

BÜNDELUNG DER AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG BEI DER POLIZEI



Wir schaffen die rechtliche Grundlage für die Zusammenführung der Hochschule für Polizei und Verwaltung (HfPV), der Hessischen Polizeiakademie (HPA) und der Zentralen Fortbildung Hessen (ZFH) unter einem Dach, um die Chancen zur Nachwuchsgewinnung für Polizei und Verwaltungen nachhaltig zu stärken sowie Wissenschaft und Praxis enger miteinander zu verzahnen.

ERSTES PETITIONSGESETZ FÜR HESSEN

BIRGIT HEITLAND PRÄSENTIERT FRAKTIONSÜBERGREIFENDEN GESETZENTWURF

Meine Wahlkreis Kollegin Birgit Heitland (Bergstraße Ost) hat als Sprecherin für Petitionen das neue Petitionsgesetz zur Beratung in den Hessischen Landtag eingebracht. Dass mit CDU, Grüne, SPD und FDP alle demokratischen Fraktionen gemeinsam diese Neuregelung unterstützen, ist ein wichtiges Signal.

Mit einer Petition kann sich jede Bürgerin und jeder Bürger kostenfrei und niedrigschwellig in einer Angelegenheit direkt an die Volksvertreter im Hessischen Landtag wenden. Dabei ist das Petitionsrecht ein ‚Jedermannsrecht‘. Es braucht weder ein Quorum noch eine Unterschriftensammlung. Das ist der große Unterschied zu den privaten Plattformen wie change.org oder OpenPetition. Die Abgeordneten im Petitionsausschuss kümmern sich um

jeden einzelnen Sachverhalt, helfen in vielen Fällen bei Kompromissen und vermitteln in scheinbar festgefahrenen Situationen. Das ist das Ergebnis von Ortsterminen und vielen Gesprächen mit den Petentinnen und Petenten sowie den Behörden. Für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger ist das eine überaus wichtige Arbeit.



ZAHL DES MONATS

60.000.000

Keiner Schülerin und keinem Schüler soll aufgrund der Corona-Pandemie ein Nachteil in der Schullaufbahn entstehen. Deshalb schnürt Hessen ein umfangreiches Aufholpaket. Das Programm reicht von den bewährten Ostercamps und Ferienakademien, flankiert durch Diagnosematerial, Lern-Apps, zusätzliche Förderkurse bis hin zur Einbeziehung von privaten Lerninstituten. Mit der Bereitstellung von Landesmitteln in Höhe von 60 Millionen Euro können wir bereits im Sommer 2021 bzw. zum Schuljahresstart 2021/2022 mit den zusätzlichen Angeboten starten.



IMPRESSUM

Herausgeber:

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 - 350 534 | Telefax: 0611 - 350 552
E-Mail: cdu-fraktion@tg.hessen.de
twitter.com/cdu_fraktion
facebook.com/cdufraktionhessen
www.instagram.com/cdufraktion

Alexander Bauer MdL

Wahlkreis Bergstrasse I
Schönbacher Straße 5 | 64646 Heppenheim
Tel.: 06252 - 98 21 44 | Fax: 06252 - 7 10 90
www.bruecken-bauer.de
facebook.com/BrueckenBauer
twitter.com/@Bauer_MdL
instagram.com/@bauer_mdL
Fotos: Privat, Scarlett Rüger, Marius Schmitt, cduhessen.de